

eine Reihe weiterer Forderungen antulpsf, die wir als ganz unmittelbar dringlich erachten.

Zensur 9 Zeilen.

Die Debatte.

Als erster Redner spricht **Renner**, der die Notwendigkeit der Beschäftigung der Arbeiterklasse mit den Details der Staatsverwaltung hervorhebt und insbesondere die Entwicklung des Gedankens der Kreisverfassung von seiner Entstehung am Kremsierer Reichstag an historisch verfolgt. Die nationale Abgrenzung verlangen die Sozialdemokraten als Vorbedingung der sozialen Verwaltung. Erst mit dieser Verwaltungsreform werden wir beenden, was wir mit der Parlamentsreform begonnen haben. — **Uebel** fordert in eingehenden Darlegungen die Reichskonferenz zu einer Sympathieumgebung für die Forderungen der Frauen, insbesondere für das Frauenwahlrecht auf, Forderungen, die sie in einem namens der Frauendelegation vorgeschlagenen Resolution zusammenfaßt. — **Sudo Hartmann** findet, daß die Resolution, indem sie die Landtage nicht strikt ablehne, einen Kompromißcharakter erhalte. Da die Sozialdemokratie heute für die Konstituierung der Nation und für die Kreisverfassung eintrete, müßte sie sich konsequenterweise energischer gegen die Landtage wenden. Hartmann begründet im weiteren eine Resolution über die Schule.

Zensur 12 Zeilen.

— **Austerlitz** gibt vor allem einen ausführlichen Rechenschaftsbericht über die Tätigkeit der Presse während des Krieges, deren große Bedrängnis durch die Zensur er an einer Fülle von Beispielen darlegt. Er wendet sich insbesondere gegen jene Schriftsteller, die den Krieg als ewige Tatsache des geschichtlichen Verlaufes verherrlichen, die militärische Betrachtung des Krieges ist auch beim sozialdemokratischen Fachschriftsteller notwendig. Sie macht aber nicht die absolute Gleichgültigkeit gegenüber dem menschlichen Weh erforderlich. Er hielt das Gebot der Landesverteidigung stets als für Sozialdemokraten verpflichtend. Auf diesem Standpunkt stand die Partei am 4. August.

Die deutsche Sozialdemokratie in Oesterreich hat mehr Feinde als jede andere. Deshalb müssen wir fest zusammenhalten, und wer die Partei nicht in eine unfruchtbare Sekterei führen lassen will, aber auch ebensowenig deren einheitlichen geschlossenen proletarischen Charakter aufzugeben gedenkt, der erfüllt die wahre Pflicht des Sozialdemokraten. — **Abraham** (Zmsbruck)

auf die Frage der Kreisverfassung für Tirol ein, wo sie leichter durchführbar wäre als in jedem anderen Lande. Aber leider wollen die bürgerlichen Parteien von einer Teilung nach nationalen Gebieten nichts wissen, denn sie wollen die Herrschaft im Lande behalten. Unsere nächste Hauptaufgabe sei ein entschiedenes Eintreten für die Kriegsoffer. Es müßten zu diesem Zwecke eigene Sekretariate geschaffen werden, die zusammengefaßt werden, damit klare Richtlinien für ein einheitliches Vorgehen im ganzen Reiche gegeben seien. — **Emmy Freundlich** beschäftigt sich mit der Resolution über die Frauenrechte. Wenn die Frauen heute das Wahlrecht verlangen, so ist das die logische Konsequenz ihrer öffentlichen Arbeit, die sie während des Krieges in sehr erhöhtem Maße geleistet haben. Die Frauen wollen alles zur Bänderung des Kriegslids beitragen.

hoffentlich wird die Partei aus dem Kriege einig hervorgehen. — **Leutner** untersucht die Notwendigkeiten der militärischen Berichterstattung für die sozialdemokratische Presse, die, wenn sie ernst genommen werden soll, wie in allen anderen Fragen auch bei der Behandlung des Krieges vor allem von sachmännischen Gesichtspunkten auszugehen habe. Wenn die vorliegende Resolution als ein Vorschlag zu einer Verwaltungsreform aufgefaßt wurde, so sei gegen sie nichts Wesentliches einzuwenden. Aber es wäre eine große Naivität, wenn wir just in Oesterreich die Verwaltungsfrage als die entscheidende ansehen wollten. Unsere Uebel liegen viel tiefer; es handelt sich um nationale Machtfragen, die sich in der Praxis jeder Erörterung vom rein verwaltungstechnischen oder auch nur vom rein politischen Standpunkt entziehen. Er will das Problem, das tatsächlich vorliegt, an der Frage des Schicksals Polens eingehend aufweisen.

Zeltner (Zeltitz) gibt eine eingehende Darstellung der letzten Vorgänge in Böhmen. Er zeigt, wie sich jede der bürgerlichen Parteien bei der Behandlung der nationalen Probleme beinahe scheuen muß, sich von sachlichen Erwägungen leiten zu lassen, weil jede befürchten muß, daß eine andere Partei sie an Radikalismus überbiete. Die Hauptaufgabe der Sozialdemokraten und die ganze Orientierung ihrer Politik seien darauf gerichtet, die sozialen Aufgaben dem Einfluß des Landtages zu entziehen. **Niechner** (Brünn) beschäftigt sich mit der Gefahr der Erschütterung des Glaubens an den Parlamentarismus in der Arbeiterschaft und behandelt das Doppelspiel, das die Bürgerlichen in der Frage der nationalen Autonomie treiben. Die Landtage sind das Grab der sozialen Fürsorge. Sie bedeuten die Verewigung des nationalen Streites; es ist notwendig, der Arbeiterschaft die Ursache des Uebels zu zeigen, dann wird es gelingen, sie vor Irwegen zu bewahren. — **Refel** (Graz) wendet sich der Frage der Landtage zu. Solange diese bestehen, werden auch alle anderen Einrichtungen nicht viel nützen. Deshalb ist es nötig, die Grenzen der Kronländer gemäß den geographischen und sprachlichen Bedürfnissen abzuändern und untereinander gleich-

artige Mittelstellen der Verwaltung zu organisieren, die sich der Kreisverteilung anpassen und an Stelle der heutigen Länderorganisation treten. — **Seiz**: Die Kritik an den „historisch-politischen Individualitäten“ findet die Zustimmung der ganzen Partei. Die Schwierigkeit der sofortigen Abschaffung der Länder liegt in deren ungleicher Verschuldung.

Der Proporz ist das einzige Mittel, wirkliche Parteien für das Parlament zu schaffen und damit dessen Arbeitsfähigkeit herzustellen und zu erhalten. Und deshalb enthält unsere Resolution mit gleicher Energie die Forderung nach der Kreisverteilung zur Sicherung der Verwaltung wie nach dem Proporz und einer vernünftigen Geschäftsordnung zur Sicherung der Gesetzgebung. — **Rint** (Jägerndorf) gibt für die schlesische Landespartei die Erklärung ab, daß sie bereit sei, die Arbeit bezüglich der nationalen Autonomie, die die Genossen Böhmens und Mährens begonnen haben, fortzusetzen. In den inneren Parteifragen ist vor allem Einigkeit vonnöten. — **Renner**: Der Gedanke der Durchführung der nationalen Autonomie besteht so lange, wie es bürgerliche Demokraten gegeben hat. Zur Demokratie können wir nur durch die Verwaltungsreform kommen. Die Landtage kann man weniger leicht ausschließen als irgend etwas und die Gemeinbeordnungen hängen heute von den Landtagen ab. Wäre Niederösterreich in vier Kreise geteilt, so wären alle Verhältnisse wesentlich besser. Schon das Proportionalwahlrecht, wie es in Wiener-Neustadt besteht, hat dieser Stadt in der Ernährungsfrage einen ganz anderen Charakter gegeben. Die Länder bestehen nur wegen der Schulden. Um dem Wunsche nach deutlicher Pointierung unseres Standpunktes, wie er durch Hartmann und Refel zum Ausdruck gekommen ist, Rechnung zu tragen, schlägt er vor, in Punkt 3 den Satz einzuschließen: „Solange die Kronländer überhaupt bestehen.“ Den Krieg können wir nicht mit Sozialismus messen, weil er ganz unsozialistisch ist.

Nur soll man die Partei nicht spalten.

— **Cermaf** (Zeltitz): Das Bürgertum will schon heute von einem Zusammenarbeiten mit den Arbeitern nichts wissen. Sie haben nicht die Absicht, ein großes nationales Programm aufzustellen, sie wollen anfangen, wo sie aufgehört haben. Sie hoffen nicht auf die eigene Kraft. Die tschechischen Separatisten empfinden es als Belästigung, daß wir von der nationalen Autonomie reden, sie scheinen nichts zu wollen als einen Ausgleich, etwa wie es der mährische war. — **Leutner** erklärt, daß heute alle Fragen vor allem vom Gesichtspunkt der auswärtigen Politik zu betrachten sind, die heute nicht die Angelegenheit von Spezialisten, Schriftstellern und Schwärmern, sondern die eigentliche Frage des Daseins ist. Er gibt ein Bild der weltpolitischen Situation des deutschen Volkes und sucht nochmals seinen Standpunkt in der Polenfrage zu begründen. Er wendet sich gegen jene Leute, die glauben, Patrioten zu sein, weil sie für Annexionen sind, während sie die ärgsten Feinde des Staates sind. Als Sozialdemokraten, als Deutsche und als Oesterreicher müssen wir es aussprechen, daß es keine größere Gefahr für diesen Staat gibt als die Aufnahme von Konglomeraten von Völkern mit anderen Wirtschaftsmittelpunkten, fremden Kulturen seit Jahrhunderten anders gerichteter Gedankenwelt. —

Dr. Adler befürwortet in seinem Schlußwort zunächst die Annahme der Resolutionen für das Frauenwahlrecht und für die Erhaltung und Entwicklung der Schule. In der Frage der Abschaffung der Landtage hält er die Zusatzanträge Renners für die glücklichsten und ersucht die steirischen Genossen, ihren Antrag zu deren Gunsten zurückzuziehen.

Er schließt, indem er betont, daß wir am meisten für den Frieden leisten, wenn wir zeigen, daß wir einheitlich und geschlossen, ohne rechtshaberische Streitigkeiten auf dem gleichen Boden stehen, daß wir alle den Friedensschluß wünschen, daß wir uns aber nicht in Wünsche und Forderungen einlassen, über deren Zweckmäßigkeit verschiedene Anschauungen obwalten können. Es soll nicht durch ein zweifelhaftes Votum die Geschlossenheit gestört werden.

Die beschlossenen Resolutionen haben folgenden Wortlaut:

Oesterreich nach dem Kriege.

Zensur 52 Zeilen.

Jedermann, der die Augen offen hat der Oesterreich, weiß, daß, welche Gestalt immer in dersehnte Friede Oesterreich geben mag, ein neues Oesterreich aus den Trümmern erstehen muß, widrigenfalls das Schicksal des Staates Verfall und das der Völker politische und wirtschaftliche Ver-

fämmern und kulturelles Elend sein werden.

Zensur 24 Zeilen.

Je weniger sich Umfang und Inhalt der nach dem Kriege entstehenden staatsrechtlichen Probleme voraussehen lassen, um so dringender ist die Pflicht, um so größer das Recht der Arbeiterklasse Oesterreichs, schon heute wenigstens ihre Forderungen in Bezug auf die innere Ordnung in Oesterreich zu erörtern und festzustellen, was nötig ist, um Oesterreich und seinen Völkern angesichts der gewaltigen Umwälzungen jeder Art, denen wir entgegengehen, ihre Existenz und Entwicklung zu sichern. Die deutsche Sozialdemokratie fordert daher:

die endliche Entwirrung des nationalen Streites durch Begründung und ehrliche Durchführung der nationalen Autonomie auf demokratischer Grundlage. In folgerichtiger und zeitgemäßer Anwendung des Programms, das sich die Sozialdemokratie Oesterreichs auf ihrem Parteitag zu Brünn 1899 gegeben hat, fordern wir, daß dem deutschen Volke wie allen anderen in Oesterreich lebenden Völkern die Bedingungen für ihre kulturelle, wirtschaftliche und politische Entwicklung und Zusammenwirken aller Völker endlich gewährt werden. Nur auf diesem Boden ist auch die Aufrichtung einer zweckmäßigen und im besten Sinne ökonomischen, das ist kräftesparenden und kräftesteigernden Verwaltung, also einer wirklichen Selbstverwaltung möglich.

Wir fassen unsere Forderungen in folgenden Sätzen kurz zusammen:

1. **Erneuerung des Parlaments** durch Abänderung des Wahlgesetzes und der Wahlordnung nach den Grundfäden der Proportionalwahl unter Beibehaltung der schon gegenwärtig gegebenen nationalen Abgrenzung der Wahlbezirke und unter Beseitigung der genugsam bekannten Mängel der Wahltechnik.
- Sachgemäße Aenderung der Bestimmungen über die Geschäftsordnung und Geschäftsführung des Reichsrates.
2. **Eine Reichskreisordnung**; eine demokratische Lokalverwaltung in national abgegrenzten Kreisen, wo die bisherige, ebenso umständliche als kostspielige landesfürstliche und autonome Doppelverwaltung durch eine vollstümliche, von nationalen Reibungen befreite Selbstverwaltung übermunden und so endlich eine Stätte geschaffen wird für jene wirtschaftliche und soziale, sanitäre, humanitäre und kulturelle Tätigkeit, deren wir zum Wiederaufbau unserer Volkswirtschaft und zur Leiblichen und geistigen Wiedergeburt der Völker nach dem Kriege dringend bedürfen.
3. Die sogenannte Autonomie der Kronländer, die

in den meisten Teilen des Reiches durch nationalitätliches Intriguenspiel und durch chronische Obstruktion bis zum öffentlichen Verrücken entartet ist, ist, insoweit die Kronländer überhaupt bestehen, zu Gunsten der Kreise und der Nationen auf das unumgängliche und ertragliche Maß einzuschränken. Die Landtage sind durch das allgemeine Wahlrecht mit Verhältniswahl der Kontrolle des Volkes, ihre Finanzverwaltung aber, die trotz der jüngsten Sanierung durch den Staat fast überall zerrütet ist, einer wirksamen Finanzkontrolle zu unterstellen und vor allem das Schicksal der Volksschule wie ihrer Lehrer von der Finanzwirtschaft der Länder zu lösen.

4. Durch Staatsgrundgesetz sind alle Kreise je einer Nation ermächtigt, Zweckverbände zur gemeinsamen und einseitigen Verwaltung der nationalen und kulturellen Interessen ihres Volkes zu bilden.

Bis zur Einrichtung dieser Zweckverbände sind die auf Grund des allgemeinen Stimmrechtes zum Reichsrat gewählten Abgeordneten jeder Nation als ihre gesetzliche Vertretung (Nationalrat) anzuerkennen.

Wir verlangen weiter:

1. **Sofortige Einschränkung der Zensur** auf militärische und die Kriegsführung betreffende Nachrichten; dagegen Freiegebung der Erörterung aller Fragen der inneren und auswärtigen Politik. Niemals war die öffentliche Meinungsäußerung, die klärende Kritik notwendiger als jetzt, wo wir an einem Wendepunkt der Geschichte der Völker und des Staates stehen.

2. **Vorsorge für die Opfer des Krieges** durch rechtzeitige Bereitstellung ausreichender Mittel für den würdigen Unterhalt der Kriegsverletzten, für die Hinterbliebenen der Gefallenen, für die Entschädigung aller in ihrer Arbeitskraft und Erwerbsfähigkeit Getroffenen.

3. **Vorbereitung der Ausbringung der ungeheuren Kriegskosten**, deren Last nicht auf die arbeitenden Massen gelegt werden darf, die durch Opfer an Gut und Blut in erster Reihe und am schwersten getroffen wurden. Vor allem sind die Besigenden durch wirksame Kriegsgewinnsteuern sowie ausgiebige progressive Vermögens- und Erbssteuern heranzuziehen.

Die Reichskonferenz beauftragt den Parteivorstand, diese Forderungen der Regierung zu übermitteln